

# Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5500 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5500 Exemplaren.

## Schlesischer Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Am Sonnabend und Sonntag hat in Breslau ein außerordentlich zahlreich besuchter Parteitag für die Provinz Schlessen mit Ausnahme der Lausitz stattgefunden. Am Sonnabend Abend hatten sich gegen 5000 Wähler in dem großen Saale des Schlezwerders versammelt, um einen Vortrag des Abg. Eugen Richter zu hören. Der Vorsitzende des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei in Breslau, Redacteur Ehlers, eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung und erteilte dem mit lebhaftem, kaum enden wollenen Beifall empfangenen Abg. Eugen Richter das Wort zu seiner Rede.

Abg. Richter dankte zunächst für den überaus herzlichen Empfang. Nachdem er sodann darauf hingewiesen, daß er zum letzten Male vor 5 Jahren in Breslau zur Empfehlung seines Leides zu früh verstorbenen Freundes Friedländer gesprochen, ging er zur Besprechung des letzten Reichstagswahlkampfes über. Wir haben, so führte Redner aus, einen schweren Wahlkampf bei den Reichstagswahlen hinter uns, der nicht zu unseren Gunsten entschieden worden ist. Wohl hat sich mit uns die große Mehrheit der deutschen Wähler gegen die neue Heeres-Reorganisation entschieden. Aber die Eintheilung der Wahlkreise hat es zu Wege gebracht, daß eine kleine Mehrheit im Reichstage die Heeres-Reorganisation angenommen hat. Schlessen darf mit größerer Genugthuung als andere Provinzen zurückblicken auf diesen Wahlkampf; ist es doch hier gelungen, trotz der künstlichen Erregung der Kriegsfurcht neun von den bisherigen zwölf freisinnigen Mandaten zu behaupten; von den drei verlorenen Mandaten aber sind zwei an die Socialdemokraten und damit auch an Gegner der neuen Heeres-Reorganisation übergegangen. Diese Behauptung der Mandate unter recht ungünstigen Verhältnissen rechtfertigt ein gutes Zeugniß für die politische Einsicht und Bestimmungstüchtigkeit der schlesischen Wähler. Wir haben keine Reue zu empfinden über unser politisches Vorleben. Im Gegentheil. Mehr als früher steht man im Volke die Opposition gerechtfertigt, die wir beständig und energisch den falschen Wegen des Bismarckischen Regiments entgegengelehrt haben; in der Schutzpolitik, in den künstlichen Bestrebungen und in der Colonialpolitik. Auch im Jahre 1878 hat die Fortschrittspartei einen Niedergang erlitten, weil sie der Einführung des Socialistengesetzes widerstand. Wo ist heut dieses Gesetz? Niemand denkt mehr daran, dessen Wiedereinführung zu empfehlen. Wir haben ferner eine Niederlage erlitten im Jahre 1887 bei der Ablehnung des Septennats. Es kam ein anderer Reichskanzler und erklärte, mit der Wehrkraft des Vaterlandes habe das Septennat durchaus nichts Entscheidendes zu thun. Wir haben seit einem Menschenalter für die zweijährige Dienstzeit gekämpft und uns Anschuldigungen ausgesetzt, als ob wir das Vaterland wehrlos machen wollten. Wir haben keine Ursache, Reue zu empfinden, daß wir jener Heeres-Reorganisation widerprochen haben. Denn nun handelt es sich um die Deckungsfrage, und unser „Steuerminister“ muß allenthalben nach neuen Steuern suchen für schon bewilligte und noch kommende Mehrbelastungen „zu Wasser und zu Lande“. Redner wendet sich nunmehr gegen die neuen Steuern und erklärt: Wir wollen überhaupt keine neuen Steuern, so lange noch eine Liebesgabe für die Brenner und Ausfuhrprämien für die Zuckerbarone bestehen.

Wir haben den Militärfeldzug verloren, aber ich denke, den Steuerfeldzug werden wir gewinnen. (Lebhaftes Bravo!) Wir sind unserer weniger geworden, wir werden aber durch größere Mäßigkeit und Energie und durch größere Uebereinstimmung den Verlust in unseren Reihen ersetzen. (Bravo!) Ehe wir aber den Steuerfeldzug unternehmen, haben wir noch einen Wahlkampf zu überleben. Wichtig ist die Reichsgesetzgebung, aber man soll auch die Wichtigkeit der Landesgesetzgebung nicht unterschätzen. Das Landtagswahlrecht ist für uns noch schlechter, als das Reichstagswahlrecht. Nachdem Redner das Landtagswahlrecht ausführlich besprochen, erklärt er, daß die neue preussische „Steuerreform“ nebst der Verschlechterung des Wahlrechts den Conservativen zu verdanken sei und daß dieselben in erster Linie zu bekämpfen seien. Ihnen gegenüber ist auch das Centrum das kleinere Uebel, da es doch wenigstens manchmal mit uns geht, die Conservativen

aber niemals. Die neue „Steuerreform“, die er eingehend kritisiert, komme lediglich den Junkern zu Gute, während beispielsweise die Stadt Breslau außerordentlich benachteiligt werde. Die Nationalliberalen wollen ja wenigstens ein Schulgesetz für die äußeren Verhältnisse zu Stande bringen; dann dürften sie aber nicht an der Wahl conservativer Abgeordneter mitwirken. Es habe nicht an Geld gefehlt. Den schlesischen Kreisen seien 24 Millionen aus der lex Huene zugeflossen, aber kein einziger Kreis tag habe auch nur einen einzigen Pfennig für die Schule verwendet. Man wolle die Leute auf dem platten Lande nicht zu klug werden lassen. Die Regierung habe vorweg 20 Millionen abzugeben wollen zu einem Fonds für Schulbauten. Aber gerade die Conservativen und Freiconservativen seien es gewesen, welche das hintertrieben hätten. Die Lehrer könnten manches dazu thun, daß nicht so regiert würde. Wenn die Lehrer auf dem Lande nicht leider oft die Wahlmacher der Conservativen wären und sich unter dieselben duckten, dann stände es besser im Lande um die Volksschule und auch um die Lehrer selbst. (Beifall) Wie bezüglich der Volksschule, so hätten die Freisinnigen auch dieselbe Stellung in Bezug auf die Landgemeinde-Ordnung eingenommen. Die Conservativen und die Freiconservativen hätten das ihrige gethan, den Regierungsentwurf zu verschlechtern, und dann hätten sie nicht einmal für denselben gestimmt. Jetzt wollten sie die bezügliche Gesetzgebung noch einmal verschlechtern. Von den 3884 Gutsbezirken lägen nicht weniger als 1859 im Gemenge mit Landgemeinden, und das habe zur Folge, daß die Lasten bezüglich der Schul- und Armenverwaltung, Vbscheinrichtung u. s. w. nicht gerecht vertheilt seien. Während die Großgrundbesitzer noch nicht ein Drittel der Gesamtsteuern zahlten, hätten sie das Recht zur Hälfte der Vertretung im Reichstage. Wenn die Conservativen gleiches Recht wollen, wie kommt es dann, daß sie sich einem billigen Wildschadengesetz entgegenstellten? Die Conservativen und Freiconservativen hätten für die Freizügigkeit der Hirche viel mehr Interesse, als für die Freizügigkeit der Menschen.

Jetzt hätten sich die Agrarier zum Bunde der Landwirthe vereinigt. Dieser interessirt sich nur dafür, daß das Getreide möglichst theuer verkauft werde. Mag er sich doch auch dafür interessieren, daß das Getreide des Bauern nicht schon auf dem Felde geschädigt werde! Wenn es nach dem Bunde ginge, würde der Zollkrieg verewigt werden. Gerade die Provinz Schlessen habe einen Handelsvertrag mit Rußland sehr notwendig, sie sei auf den Handel mit Rußland angewiesen. Man habe den Protest des Herrn von Wangenheim gelesen, einen Protest, wie ihn weder die Socialdemokratie noch wir je erhoben haben. Es werde darin der Reichskanzler als entbehrlich hingestellt, der von seinem Plaze fortmüsse. Es müsse Alles abgeschlagen werden, was die Regierung fordert. So habe die Socialdemokratie nie gesprochen. Die Socialdemokratie lehne das Budget ab, sie lehne aber nicht jedes Gesetz ab. Die Agrarier aber wollten jedes Gesetz ablehnen, wenn es auch eine Verbesserung bringe. Könne es etwas Frivoleres geben? Ich bedauere, daß die Regierung diesem Anfinnen gegenüber sich so zahn und kaum abwehrend verhält. Wer mit diesen Junkern fertig werden wolle, müsse sie auf Kanbare reiten. (Stürmischer Beifall) Diese Gesellschaft kenne kein weiteres Interesse im Staate, als das Brot möglichst theuer zu machen, und dem wollen wir im Interesse der Arbeiter möglichst entgegentreten. Wir wollen auch die Interessen der Handwerker wahrnehmen. Wir sind der Meinung, daß die obligatorischen Vorschriften für den Befähigungsnachweis den Handwerker am wenigsten befähigen, mit der Großindustrie zu concurriren. Gerade für die Handwerker in erster Linie haben wir den Kampf um die zweijährige Dienstzeit geführt. Auch darin haben wir den Handwerkern eine Erleichterung gebracht, daß die Zahl der Oeconomiehandwerker beim Militär um 3000 Mann auf unser Betreiben beschränkt worden ist. Für die Ausbildung der Lehrlinge sei noch viel zu wünschen, aber gerade hierfür habe der Staat kein Geld, es seien sogar noch die früher bewilligten Mittel beschritten worden. Man konnte diese Mittel bei einem 2 Milliarden-Gat nicht finden!! Man hätte mich nur suchen lassen sollen. (Heiterkeit.) Ein einziges Panzerschiff kostet so viel, als wir in sechs Jahren für das ganze gewerbliche Unterrichtswesen in Preußen ausgeben. Nachdem Redner

noch die Erhöhung der Beamtenegehälter und die Stellung der freisinnigen Partei zu derselben erörtert, fährt er weiter aus, daß die Volkspartei nicht eine Partei einzelner Berufsclassen oder einer einzelnen Confession sei, weder eine katholische, noch eine evangelische, auch keine jüdische Partei. Was habe mit den hier skizzirten Fragen das Judenthum zu thun? Man sage, die neuere wirtschafts-politische Gesetzgebung sei im Interesse der Juden gegeben. Diese Gesetzgebung aber reiche zurück in die Stein-Hardenbergische Zeit. Damals sei die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Agrarfreiheit in ihren Grundzügen in Preußen eingeführt worden. Die Gewerbefreiheit liege nicht sowohl im Interesse des Capitalismus, als vielmehr des Mittelstandes und des Handwerkers. Die Freizügigkeit sei eingeführt im Interesse des Arbeiters. Man spreche von Besonderheiten der Männer jüdischer Abkunft. Wären diese ein Wunder gegenüber der Gesetzgebung, die Jahrhunderte lang dieselben auf einzelne Berufszweige zusammengedrängt hat? Wir wollen keine derartigen Beschränkungen zum Nachtheil einer Confession oder eines Standes; wir wollen die Interessen Aller ausgleichen zum allgemeinen Wohl des Vaterlandes.

Nachdem Redner sodann die verschiedenen Richtungen des Antisemitismus gezeihelt, die sich jetzt auf conservative Wahlkreise stützten, weil sich dort leichter die Sempel fangen ließen, weist er darauf hin, daß in dem conservativen Wahlausruf kein Wort von Antisemitismus vorhanden sei. Anders in Breslau. Hier wolle man wieder unter der Fahne des Antisemitismus den Kampf führen. Das „hepp hepp“ sei hier das Stichwort der Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen. Wenn der Wahlkampf weiter diesen antisemitischen Charakter annimmt, dann entsteht doch die Frage für alle diejenigen, die noch einen Funken von Liberalismus in sich haben oder Unstand besitzen, ob sie sich mit solchen Männern vereinigen und diese Nischmaschvertretung in Breslau weiter bestehen lassen können. „Und darum, Parteigenossen, nehmen Sie diesen Parteikampf energisch an, gehen Sie vorwärts, furchtlos und beharrlich! Derselbe wird geführt nicht für einzelne Berufsclassen oder religiöse Parteien, sondern unserer innigen Ueberzeugung gemäß einzig und allein für das Wohl des Volkes und das Heil des Vaterlandes!“

Langanhaltender stürmischer Beifall folgte der nahezu 7/8 stündigen Rede. Darauf bemerkte der Vorsitzende, der Beifall, welcher dem Redner gezollt worden, habe nur eine Bedeutung, wenn er in Thaten umgesetzt werde. Wenn wir Freisinnigen in dem schweren Kampfe, den wir führen, einmal jaghaft werden, dann blicken wir auf den Mann, der soeben gesprochen, den Mann, der in den schlimmsten Zeiten der Reaction stand wie ein Thurm in der Schlacht (Bravo!), den Mann, der uns ein Vorbild des selbstlosesten Strebens ist, einen Mann, dessen Wirken vor und liegt, wie ein Blatt beschrieben mit der Schrift der Ehre und des Ruhmes (Bravo!), einen Mann, den wir als die Verkörperung der bürgerlichen Demokratie verehren. (Bravo.) Wir wollen den Wunsch aussprechen, daß er auf seinem hervorragenden Plaze in der Bewegung auch fernerhin erhalten bleibe, die trotz alledem der Freiheit eine Gasse erhalten wird. Wir wollen den Wunsch aussprechen, daß er uns noch lange erhalten bleibe, und deshalb rufen Sie mit mir: „Unser Eugen Richter lebe hoch!“ (Jubelnde Zustimmung.)

Nach der Versammlung, deren Schluß um 9/10 Uhr eintrat, vereinigten sich die Teilnehmer in großer Zahl zu einem festlichen Commercé, der durch gute Reden und häßliche Tafellieder gewürzt war und die Parteigenossen noch mehrere Stunden zusammenhielt.

Die Delegirtenversammlung wurde Sonntag Vormittag gegen 11 Uhr von Herrn Redacteur Ehlers eröffnet. Man schritt sofort zur Verabreichung des Organisationsstatuts. Mit dem beantragten Ausschneiden des Bezirkes der Lausitz aus dem schlesischen Provinzialverbande war der Parteitag einverstanden, ebenso mit der Verbindung der Wahlkreise Liegnitz-Goldberg-Haynau und Waldenburg mit dem Bezirk Breslau statt mit dem Bezirk Glogau bezw. Girschberg, wie im ursprünglichen Entwurf festgesetzt war. Im Uebrigen wurden nur unwesentliche Aenderungen des vorgelegten Statutentwurfes vorgenommen und derselbe sodann einstimmig genehmigt. Wir veröffentlichen das Statut an der Spitze der heutigen Beilage.













